



► Nr. VO/2015/02347
öffentlich

Lübeck, 05.02.2015

Bearbeitung: Maik Schneider (E-Mail: maik.schneider@luebeck.de Telefon: 122-3912)

**Überweisung aus der Bürgerschaft
- Antrag der SPD-Fraktion - "Aufklärung und Prävention statt
religiösem Extremismus"
Sitzung der Bürgerschaft 29. Januar 2015 (VO 2268)**

Sitzung der Bürgerschaft am 29. Januar 2015

*Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.17 mit VO Nr. 2268 den nachstehend aufgeführten Antrag der SPD-Fraktion zur **abschließenden** Beratung an den Jugendhilfeausschuss (federführend), den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung sowie den Ausschuss für Soziales überwiesen:*

Aufklärung und Prävention statt religiösem Extremismus"

Der Bürgermeister wird gebeten, in Abstimmung mit der Landesregierung den Aufbau lokaler Strukturen zur Prävention von Radikalisierung und religiös motiviertem Extremismus zu initiieren und zu fördern. Im Rahmen derartiger Modellprojekte soll insbesondere der Dialog und die Kooperation mit den muslimischen Vereinen und Verbänden gepflegt werden, die den Salafismus ablehnen.

Zudem sollen durch Angebote pädagogischer Arbeit und politische Bildung in Schulen und Jugendeinrichtungen, Kinder und Jugendliche im Bezug auf religiösen Extremismus sensibilisiert und über die damit einhergehenden Gefahren aufgeklärt werden. Darüber hinaus sollen Lehrkräfte sowie pädagogische Fachkräfte durch entsprechende Fortbildungsangebote dazu befähigt werden, auf religiös motivierte Verhaltensweise angemessen zu reagieren. Der Kriminalpräventive Rat der Hansestadt Lübeck ist einzubinden.